ist das der Socialismus. Der Socialismus greift nämlich die Familie in ihrer Wurzel an, indem er die Ehe als eine für das ganze Leben dauernde Verbindung zwischen Mann und Weib für unberechtigt erklärt und an deren Stelle die sogen. „freie Liebe“ setzt. Zeitweilig, sagen die Socialisten, mögen Mann und Weib mit einander cohabitiren, aber ein unlösbares Band schließt sich nicht um beide; der Mann kann die Frau und die Frau den Mann jederzeit verlassen und in freier, ungebundener Liebeswahl andere Verhältnisse eingehen. Wenigstens ist das die Lehre der fortgeschrittensten Socialisten. Daß damit die Familie als solche vollständig zerstört wird, liegt auf der Hand, um so mehr, da auch die Erziehung der Kinder nach socialistischer Anschauung nicht bei den Eltern bleiben, sondern dem socialistischen Staate überantwortet werden soll. Es ist klar, daß eine solche Theorie nur dann vertheidigt werden kann, wenn jede über die materielle hinausgehende sittliche Ordnung, sei sie nun natürliche oder übernatürliche Ordnung, in Abrede gestellt wird. Oben ist gezeigt worden, daß die Familie ein Postulat sowohl der natürlichen, als der übernatürlichen sittlichen Ordnung ist. Nur auf dem Boden des Atheismus also läßt sich die Existenzberechtigung der Familie gänzlich läugnen. Der Socialismus steht denn auch in der That ausgesprochenem Maße auf dem Boden des Atheismus. Da kann und muß er freilich der Familie als solcher den Krieg ankündigen; denn die Familie ist als solche ein ethisches Institut, steht wesentlich in der sittlichen Ordnung und ist ohne diese schlechterdings nicht aufrecht zu erhalten. Aber was soll aus dem Menschengeschlechte werden, wenn die Familie eliminirt und durch die „freie Liebe“ ersetzt wird! Es müßte eine sittliche Corruption eintreten, welche zuletzt selbst auf das physische Gebiet hinübergreife und eine allgemeine physische Degeneration des Menschengeschlechtes herbeiführen würde.

Als Postulat der natürlichen und der übernatürlichen Ordnung ist die Familie eine notwendige Institution; das Menschengeschlecht kann ohne sie nicht bestehen. Freilich ist diese Nothwendigkeit nicht in dem Sinne zu fassen, als wäre nun jeder Mensch in Kraft der natürlichen und übernatürlichen Ordnung gehalten, eine Familie zu gründen. Die Familie ist nur insofern eine nothwendige Institution, als die Erhaltung und Erziehung des Menschengeschlechtes von ihr abhängt. Sie kann also auch nur insofern nothwendig sein, als die Realisirung dieses Zweckes selbe fordert. Diese fordert aber keineswegs, daß jeder Einzelne eine Familie begründe, weil auch dann noch der Zweck der Erhaltung und Erziehung des Menschengeschlechtes erreicht wird, wenn Einzelne aus höheren sittlichen Gründen auf das Familienleben verzichten, und weil dieser Verzicht wiederum in anderer Weise dem Menschengeschlechte zu gute kommen kann, indem diejenigen, die auf das

Familienleben verzichten, in Folge dessen alle ihre Kraft unbehindert der Förderung der allgemeinen sittlichen Interessen der Menschheit zu widmen vermögen. Der Ehelibit steht somit keineswegs in Widerspruch mit den Forderungen der sittlichen Ordnung; er ist auch nicht indirect eine Verurtheilung des Familienlebens, wu man ihm nicht selten vorgeworfen hat; er hängt mit höheren Forderungen der sittlichen Ordnung zusammen und ist durch diese vollkommen berechtigt. Aber wenn auch nicht Jeder die Pflicht, so hat doch Jeder von Natur aus das Recht, eine Familie zu gründen, wenn er nicht freiwillig auf die Ausübung dieses Rechtes verzichtet. Denn wie das Associationsrecht überhaupt ein natürliches Recht aller Menschen ist, so muß auch das Recht, eine Familiengemeinschaft zu gründen, als ein natürliches Recht jedes Einzelnen anerkannt werden, wobei freilich wiederum zu bemerken ist, daß die Ausübung dieses Rechtes erst dann eintreten kann, wenn die erforderliche Reife zur Eheschließung bei den Contrahenten vorhanden ist.

Bis zu diesem Punkte herrscht allgemeine Uebereinstimmung. Fragt es sich aber weiter, ob das Recht der Familiengründung bei Einzelnen noch weiter beschränkt werden könne und dürfe, so scheiden sich in dieser Beziehung die Ansichten. Die Einen halten dafür, daß eine Beschränkung des Rechtes auf Familiengründung durch die Gesellschaft in keiner Weise und in keiner Beziehung zulässig sei. Die Gesellschaft oder in deren Vertretung der Staat sei nicht berechtigt, von denen, die zu einer Familiengründung schreiten wollen, Garantien zu fordern dafür, daß sie den Verpflichtungen, die das Familienleben auflegt, auch genügen können und genügen werden, und von der Gewährung dieser Garantien die Erlaubniß zur Gründung einer Familie abhängig zu machen. Weber die natürliche noch die übernatürliche sittliche Ordnung gewähre der Gesellschaft resp. dem Staate ein solches Recht; es könne daher ein solches „Recht“, wenn es in Anspruch genommen wird, nur als ein usurpatorisches betrachtet werden. Andere dagegen sprechen dieses Recht, als Bedingung der Familiengründung die gedachten Garantien zu fordern, der Gesellschaft zu. Sie halten dafür, daß jedes Recht auch bestimmte Pflichten mit sich führe, und daß nur derjenige zur Ausübung eines Rechtes schreiten dürfe, der im Stande und in der Verfassung sei, auch die daraus erfolgenden Pflichten zu erfüllen. Wer also, sagen sie im gegebenen Falle, das Recht der Familiengründung ausübt, der nimmt dadurch auch die Pflicht auf sich, seine Familie zu erhalten und zu ernähren, damit sie nicht der Gesellschaft zur Last falle, sowie auch die Kinder zu tauglichen Gliedern der Gesellschaft zu erziehen. Kann er nun die nöthigen Garantien hierfür bieten, daß er diesen Pflichten nachkommen werde, dann ist niemand befugt, ihm die Ausübung des Rechtes der Familiengründung zu verbieten. Kann